

Eupen, den 22.01.2019

## Pressemitteilung zum Bericht von Mike Mettlen

### EU Sitz der DG

Ja, wenn es um die Frage der garantierten Vertretung auf allen Ebenen und um die Problematik des Demokratiedefizits geht, dann sollte dies in unseren Augen auf alle Bereiche ausgedehnt werden, wo ein Defizit bzw. keine repräsentative Wiedergabe des Wählerwillens gegeben ist.

Dies hatten wir im Ausschuss vorgeschlagen. Interessanterweise hat uns Herr Lambertz da aufs heftigste widersprochen, insbesondere bei unserer Idee, dies dann auch auf den Posten des Senator bzw. Parlamentspräsidenten anzuwenden.

Dadurch erhält das Ganze einen sehr negativen Beigeschmack. Wir sind keine Freunde der Arbeit der EVP und von Herrn Arimont in Brüssel. Trotzdem finden wir diese Lösung nicht optimal und werden nicht bei solch einem Klüngel mitmachen.

Was wäre denn anders, wenn die DG durch einen SP, PFF, ProDG oder Ecolo Kandidaten vertreten wäre, bzw. jeder dieser Parteien für einen gewissen Zeitraum seine Kandidaten nach Brüssel und Straßburg schicken würde?

Sie alle schwimmen auf der gleichen EU-Welle mit und die wirklich notwendigen und von zahlreichen Bürgern geforderten tiefgreifenden Reformen der EU sind mit diesen Parteien nicht möglich.

Man erkennt zwar an, dass es ein Demokratiedefizit gibt, aber groß ändern will keiner diesen Machtzirkus der EU in Brüssel. Ganz im Gegenteil: Man sucht nach Möglichkeiten, auch noch an diesen Posten zu kommen, denn es sind ja erhebliche finanzielle Mittel damit verbunden. Die Frage, ob diese von Herrn Mettlen vorgestellte Vorgehensweise tatsächlich ein Mehrwert für den Bürger darstellt, wird erst gar nicht gestellt.

Was wir wirklich bräuchten, wäre eine Besinnung auf die Grundwerte der Europäischen Union: Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte. Eine Mitgliedschaft in einer auf solchen Werte gründenden europäischen Gemeinschaft oder Union wäre für jeden Staat freiwillig und er könnte jederzeit austreten. Dies würde dem Begriff „FREIHEIT“ gerecht werden. Die jetzigen Machtspiele zum

**Fraktion im PDG V.o.G.**

Brexit haben damit nichts gemein. Sinnvolle Möglichkeiten einer solchen Union wäre beispielsweise das miteinander Handel treiben, ohne Zölle und andere Hindernisse, eine Anpassung der technischen Normen und grenzüberschreitende Zusammenarbeit in den Bereichen und mit den Staaten, die dies wünschen. Die EWG und EG waren so etwas Ähnliches. Die heutige EU ist ein Machtapparat, der von Lobbyisten der Industrie und der Banken gesteuert wird und immer mehr Souveränität der Nationalstaaten raubt und das mit fast keiner demokratischen Legitimation. Das EU-Parlament ist ein teurer Debattierklub. Die Macht haben der EU-Rat und die EU-Kommission, wo die Vertreter bekanntlich nicht vom Volk direkt gewählt, sondern von den Regierungen entsandt werden. Immer wieder müssen wir uns mit unsinnigen EU-Vorschriften herum schlagen. Die Probleme im Kleinen, die Vereinheitlichung von Normen, kriegt dieser ganz teure Apparat in Brüssel nicht hin. Wie stark die EU in das Leben der Bürger eingreift, zeigt auch die Tatsache, dass heute schon schätzungsweise 75 Prozent aller Gesetze auf Ebene der National- und Gliedstaaten von der EU bestimmt werden. Die EU als alternativlos zu bezeichnen, ist beschämend für den Begriff der Demokratie! Ein Politiker, der dies behauptet, ist in unseren Augen kein Demokrat.

Durch die europäischen Freihandelsverträge mit Drittweltländern werden Hunger und Not in diesen sogenannten Partnerländern nachweislich gemehrt. Diese Verträge kommen auch ins PDG und hier sind wir die einzigen, die dies sachlich und argumentativ kritisieren und konsequent dagegen stimmen.

Wenn es allen Beteiligten tatsächlich um eine bessere Repräsentation des Wählerwillens und um die garantierte Vertretung der DG in anderen Parlamenten bzw. Einrichtungen gehen würde, dann müsste das gleiche Prinzip auch für den Senator und, da wir wie einige andere auch diesen Posten als überflüssig ansehen, auch für den Parlamentspräsidenten gelten, sowie für die Ausschussvorsitzenden. Auch hier wäre ja ein solches System denkbar. Darüber hinaus muss dann die Arbeit im Ausschuss unabhängig von der Parteizugehörigkeit eine gemeinsame Arbeit sein, welche alle Abgeordneten gleichberechtigt und gemeinsam ausführen. Die Tatsache, dass die Minister von der Mehrheit ernannt werden und faktisch die Kontrolle über die Mehrheit haben, ist ein viel größeres Demokratiedefizit, als das aktuelle System der Besetzung der garantierten Vertretung der DG im EU-Parlament. Es kann doch nicht sein, dass alles nur von der Regierung vorgelegt und von der Mehrheit, mal mit, mal gegen die Opposition, durchgewinkt wird.

Ja, es bleibt viel zu tun, damit sich unser jetziges politisches System einer echten Demokratie annähert. Die momentan vorgestellten Ideen zielen an den wahren Problemen vorbei. Daher stellt sich die Frage, welches die wahren Absichten dahinter sind?

**Fraktion im PDG V.o.G.**

Wir werden auf jeden Fall bei diesem Klüngel einer gemeinsamen Liste nicht mitmachen und eine eigene EU-Liste einreichen, mit dem Ziel, eine klare Alternative zu den bestehenden EU-treuen Parteien zu sein.

In einer echten Demokratie können demokratische Grundprinzipien nicht nur in einigen Bereichen angewandt werden, um sie dann in anderen Bereichen wiederum mit Füßen zu treten. Die Politikverdrossenheit wird sich so nicht verringern lassen, ganz im Gegenteil. Alle Politiker sollten sich gemeinsam und auf Augenhöhe, unabhängig ihrer Parteizugehörigkeit, einfach um das Wohl der Bürger kümmern. Vivant ist seit jeher dazu bereit.

**Alain Mertes und Michael Balter**

Vivant-Fraktion im PDG